

Faire Arbeit für unser Land

Positionen und Handlungsfelder für die Legislaturperiode

beschlossen von der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt bei ihrer Klausurtagung in Naumburg am 4./5. September 2017

Die SPD hat sich 2016 mit der Entscheidung für die Bildung der Regierungskoalition für Sachsen-Anhalt entschieden, sich auf sozialdemokratische Kernkompetenzen zu konzentrieren. Arbeit steht dabei im umfassenden Sinne im Mittelpunkt: durch die Stärkung der Innovationskraft unseres Landes als Grundlage für Investitionen auch in neue Arbeitsplätze. Durch den Einsatz für dauerhafte, gut bezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze für Männer und Frauen. Durch die Chance auf Teilhabe an Arbeit für alle und die Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeitsmarkt. Und nicht zuletzt: durch die Bekämpfung prekärer Arbeit und die Ausgestaltung fairer Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen.

Mit diesen Themen haben wir dem Koalitionsvertrag eine deutlich sozialdemokratische Handschrift verliehen. Zur Umsetzung dieser Schwerpunktsetzung haben wir uns für die Übernahme der Ministerien für Arbeit, Soziales und Integration sowie für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung entschieden. Die SPD-Landtagsfraktion sieht ihre Aufgabe darin, im Zusammenwirken mit den Ressorts und durch eigenständige parlamentarische Arbeit ihren Beitrag zur Umsetzung einer Politik für Innovation und gute Arbeit zu leisten.

Der Einsatz für **faire und qualifizierte Arbeit** ist eine strategische Voraussetzung für die wirtschaftliche Leistungskraft unseres Landes und für die Sicherung des Fachkräftebedarfs von heute und morgen. Als Billiglohngebiet und verlängerte Werkbank haben Sachsen-Anhalt und die anderen ostdeutschen Länder dauerhaft keine Chance, im Wettbewerb mit anderen deutschen und europäischen Regionen zu bestehen.

Die SPD-Landtagsfraktion macht sich in dieser Legislaturperiode auf den verschiedensten Gestaltungsfeldern für faire Arbeit stark:

Investitionsförderung

- Mit der neuen GRW-Richtlinie haben wir faire Arbeit bereits deutlich gestärkt. Wir setzen uns dafür ein, diese Entwicklung fortzusetzen. Wir wollen Wirtschaftsförderung zukünftig noch stärker an die Anwendung von Tarifverträgen, aber auch an Mitbestimmungskriterien wie zum Beispiel an das Vorhandensein eines Betriebsrates koppeln.

Tarifbindung

- Der beste Weg zu fairer Arbeit sind Tarifverträge, die von den zuständigen Tarifvertragsparteien im Rahmen der Tarifautonomie verhandelt werden. Deshalb haben Beschäftigte, die sich für einen Tarifvertrag einsetzen, unsere Unterstützung und Solidarität verdient. Das erstmalige Zustandekommen von Flächentarifverträgen in Branchen wie zum Beispiel der wachsenden Callcenter-Branche muss politisch unterstützt werden. Die gesetzliche Möglichkeit einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen im Land soll weiterhin progressiv genutzt werden.

Mitbestimmung

- Demokratie darf nicht am Werkstor enden. Deshalb finden Initiativen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Einleitung von Betriebsratswahlen unsere

Unterstützung. Zugleich setzen wir uns für eine Stärkung der Rechte von Personalräten im Rahmen der Novellierung des Personalvertretungsgesetzes ein.

Öffentliche Auftragsvergabe

- Mit der Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand ist eine hohe Vorbildfunktion für faire Arbeit im Land verbunden. Die verbindliche Einhaltung von Tarif- und Sozialstandards ist unser Ziel. Dem dient die Weiterentwicklung des Vergabegesetzes.

Digitalisierung

- Digitalisierung ist Fortschritt und Herausforderung zugleich. Wirtschaft 4.0 und Arbeit 4.0 bieten breit gestaltbare Zukunftschancen. Qualifikation und Weiterbildung werden wichtiger denn je. Wir setzen uns deshalb für mehr Mitbestimmungsrechte und Beteiligung bei der Digitalisierung der Arbeitswelt ein.

Gleichstellung verwirklichen

- Wir setzen uns für die vollständige Gleichstellung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt ein und unterstützen daher die Bestrebungen im Bund, das Transparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz weiterzuentwickeln. Es ist ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, die Lohnunterschiede von Männern und Frauen zu beenden; das wäre ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Wir setzen uns auf Landesebene für die zielgenaue Förderung von Existenzgründerinnen ein und wollen durch bessere Berufsorientierung mehr junge Mädchen und Frauen für die MINT-Berufe begeistern.

Fachkräftesicherung

- Fachkräftesicherung beginnt mit attraktiven Ausbildungsplätzen. Unternehmen und Branchen haben eine hohe Eigenverantwortung für die Nachwuchsgewinnung und für gute Weiterbildungsmöglichkeiten. Schulen, Wissenschaft und Wirtschaft müssen bei der Fachkräftesicherung an einem Strang ziehen. Die Voraussetzungen für eine gute Berufswahl sollen bereits in der Schule geschaffen werden.

Ausbildung und Mobilität

- Die Ausbildung junger Menschen erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und Mobilität. Oft sind Ausbildungsorte, Ausbildungsstätten und Berufsschulen weit vom Wohnort und voneinander entfernt. Keine Ausbildung darf an der Finanzierung der Fahrtkosten scheitern. Deshalb setzen wir uns für die zeitgemäße Neugestaltung der Förderrichtlinie zur Bezuschussung von Fahrtkosten und auswärtiger Unterbringung einschließlich der Einführung eines Azubi-Tickets ein. Die Verteilung der Standorte von Fachklassen muss überprüft werden.

Öffentlicher Dienst und Landesgesellschaften

- Wir setzen uns für faire Arbeit in allen Zuständigkeitsbereichen des Landes ein. Im Öffentlichen Dienst, in Landesgesellschaften und Unternehmen mit Beteiligung des Landes soll es zukünftig keine prekären Beschäftigungsverhältnisse und keine Leiharbeit mehr geben. Insbesondere wollen wir die sachgrundlose Befristung von Beschäftigungsverhältnissen abschaffen.

Hochschulen

- Auch an den Hochschulen wollen wir prekäre Beschäftigung überwinden. Jenseits von wissenschaftlicher Qualifizierung und Drittmittelprojekten sollen Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen grundsätzlich unbefristet sein. Dadurch wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Öffentlicher Personennahverkehr

- Die Pflicht, den repräsentativen Tarifvertrag für den Öffentlichen Personennahverkehr anzuwenden, soll gesetzlich gestärkt werden. Bestehende Möglichkeiten zur Umgehung von Bestimmungen zur Tarifbindung bei der Vergabe sollen abgeschafft werden. Für den Fall eines Betreiberwechsels soll künftig die Übernahme des Personals verbindlich geregelt werden.

Sozialer Arbeitsmarkt

- Langzeitarbeitslose Menschen brauchen Perspektiven. Daher setzen wir auf eine Verstetigung des sozialen Arbeitsmarktes mit fairer Bezahlung und dem Ziel der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Mit dem neuen Landesprogramm „Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsleben“ schaffen wir eine niedrighschwellige Einstiegsmöglichkeit in geförderte und begleitete Beschäftigung auch für solche Langzeitarbeitslose, die den Anforderungen eines regulären Arbeitsplatzes (noch) nicht gewachsen sind.

Zukunft der Pflege

- Der Fachkräftebedarf in der Pflege wird immer größer. Gute Einkommen werden immer wichtiger. Gewerkschaften und Unternehmen bekunden ein zunehmendes Interesse an einem Pflegetarifvertrag, Initiativen der Sozialpartner werden nach Kräften von uns unterstützt. Ziel ist es, einen durch die Sozialpartner zu vereinbarenden Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären.

Förderung von Projekten und Institutionen

- Bei der finanziellen Förderung von Projekten und Institutionen wollen wir verstärkt dafür Sorge tragen, dass Tarifbindung gefördert wird. Dies bedeutet zugleich, dass es auch in künftigen Landeshaushalten allen Trägern und Institutionen möglich gemacht wird, Tarifsteigerungen umzusetzen.

Menschen mit Handicap

- Wir setzen uns für mehr Inklusion und Teilhabe ein. Weniger Arbeitslosigkeit bedeutet zugleich mehr Chancen für Menschen mit Handicap. Deren Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt wollen wir deutlich verbessern. Das Bundesteilhabegesetz bietet hierzu neue Möglichkeiten. Diese wollen wir gezielt nutzen. Wir setzen dabei auf einen offenen und konstruktiven Dialog mit Unternehmen, Werkstatträten und Betroffenen.